

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 9

PDF erstellt am: **21.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare

DAS «JAHR DER FRAU» - EINE SCHWEIZERISCHE BILANZ

Worauf werden Werbetexter, Radio-Moderatoren oder einfach auf Unterhaltung bedachte Männer wohl zurückgreifen, wenn sie vom 1. Januar 1976 an nicht mehr sagen können: «Übrigens, im Jahr der Frau wäre noch anzumerken ...», oder: «Seien Sie frau-lich im Jahr der Frau», zum Beispiel durch das Tragen der modischen, schwingenden, mittellangen Röcke, die viel Stoff brauchen, was wiederum für die von der Rezession betroffene Textilbranche nützlich ist? Oder: «Im Jahr der Frau zweimal Damenwahl»? Doch Scherz beiseite – was hat dieses von der UNO proklamierte «Jahr der Frau» wirklich gebracht und bedeutet? Ist es möglich, wenigstens eine schweizerische Bilanz zu erstellen? Dass diese vom Standort der Person abhängt, die es versucht, ist klar, denn auch abgesehen von der verschiedenen Bewertung derselben Fakten kann niemand einen vollständigen Überblick haben. Klar dürfte auch sein, dass man nicht Unmögliches erwarten konnte, denn was ist schon ein noch so stark herausgehobenes und durch bestimmte Veranstaltungen markiertes einziges Jahr im Verlauf eines Prozesses von Jahrzehnten und angesichts einer Vergangenheit von Jahrhunderten, die unsere Gegenwart stärker prägt, als wir in optimistischen Stunden wahrhaben möchten? Was ist ein Jahr angesichts der Erfahrung, welche Simone de Beauvoir, Verfasserin des wohl bedeutendsten Buches zur

Frauenfrage in den letzten Jahrzehnten, kürzlich am Deutschen Fernsehen formulierte: «Nein, in Frankreich hat sich in den letzten vierzig Jahren nichts geändert»?

Doch werfen wir einen Blick auf die *Zielsetzungen*:

«Die Vereinten Nationen haben 1975 zum Internationalen Jahr der Frau erklärt und dringend gefordert, dass diesem Jahr eine intensive Tätigkeit gewidmet werde,

- a) um die Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu fördern...;
- b) die unbegrenzte Integration der Frauen in alle Entwicklungsbemühungen zu gewährleisten ...;
- c) die Bedeutung des zunehmenden Beitrags der Frauen zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten und zur Förderung des Weltfriedens anzuerkennen.»

«Das Internationale Jahr der Frau 1975 ist ein Appell zur Aktion an die Regierungen und nichtstaatlichen Körperschaften und an die internationale Gemeinschaft ...»

«Dieses Jahr ist ein Appell zur Aktion für die Frauen und Männer überall in der Welt ...» (Zitiert nach dem Katalog der Ausstellung «Frauen in der Schweiz», Stadthaus Zürich, Sept./Okt. 1975.)

Dies die internationalen Formulierungen, in denen der Appell zur *Aktion*, zum Handeln auffällt. Dazu die Zielsetzung des Schweizerischen Frauenkongresses, der im Januar 1975, gewissermassen als Auftakt zum Jahr der Frau, zwischen 3000 und 5000 Frauen in Bern zusammenführte und sich selbst als «den schweizerischen Beitrag an das von den Vereinten Nationen proklamierte Internationale Jahr der Frau» verstand: «Ziel des Kongresses und seiner Thematik war es, zu *informieren und zu sensibilisieren ...*» Die Einleitung zum Kongressbericht, aus der diese Sätze stammen, schliesst mit den Worten: «Der Kongress ist zu Ende, die Arbeit beginnt.» Informieren und sensibilisieren hier, Forderung zur Aktion dort. Ist es ein Widerspruch, oder sind es Schritte innerhalb eines grossen Programms, ist es Selbstbeurteilung der Schweizerinnen angesichts unerfüllbarer internationaler Forderungen? Auch diese letzteren wurden übrigens an einem Frauenkongress zur *Diskussion* gestellt, der im Sommer dieses Jahres in Mexiko-City stattfand.

Veranstaltungen und ihre Ergebnisse

Der bereits erwähnte, von allen Frauenorganisationen getragene Kongress ist hier sicher an erster Stelle zu nennen. Er schloss neben dem offiziellen Programm mit dem Thema «Partnerschaft» eine Fülle der verschiedensten Veranstaltungen in sich und gab sozusagen das Startzeichen für eine weitere Folge in den verschiedenen Organisationen auf allen Ebenen, zu Sondernummern oder Sonderartikeln in allen Zeitschriften, zu Ausstellungen wie zum Beispiel derjenigen in Zürich, die von

der Zürcher Frauenzentrale, dem Schweizerischen Sozialarchiv und der Zentralbibliothek Zürich in Zusammenarbeit mit der Präsidentschaft der Stadt im September im Stadthaus in Zürich gezeigt wurde und hochinteressante Einblicke in die Geschichte der Frauenbewegung und die Situation der Frau einst und heute gab. Dabei überwog zwar das Einst, das einem aber auch klar machte, wie nah wir ihm eben noch sind. «Als eine Frau lesen lernte, trat die Frauenfrage in die Welt», hatte Marie von Ebner-Eschenbach 1880 geschrieben, und dieses Wort wurde zum Motto der Ausstellung gewählt. Eine Schweizerin von heute variiert es im Katalog der Ausstellung: «Als Frauen sich artikulieren und organisieren lernten, wurde die Frauenfrage gelöst.» Ist die Zeitform der Vergangenheit hier ebenso gerechtfertigt wie im Zitat aus dem Jahre 1880? Haben Frauen das im «Jahr der Frau» besser gelernt?

Im Kongressbericht lesen wir in der Auswertung der Veranstalterinnen: «Mit vielen Fragen sind wir nach Bern gekommen. Mit noch mehr Fragen kehrten wir heim. Der Kongress hat eine Türe geöffnet und einen Prozess der Befreiung entfacht. Der Kongress hat etwas in Bewegung gebracht», und durch viele Berichterstattungen hindurch spürt man etwas von dieser emotionalen Qualität. Bald ist das «Jahr der Frau» zu Ende, und die Frage bleibt: ist wirklich etwas geschehen? Der Kongress hat eine Anzahl von Resolutionen verabschiedet: eine Verfassungsänderung wurde verlangt und ist unterdessen lanciert worden, in der die völlige Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Familie, der Arbeitswelt und der Erziehung gefordert wird

(durch eine Änderung des Artikels 4 der Bundesverfassung). Eine weitere Resolution verlangt die entsprechende Gesetzgebung. Eine dritte «fordert die schweizerischen Dachverbände auf, sich bei den eidgenössischen und kantonalen Behörden dafür einzusetzen, dass noch im <Jahr der Frau> ein eidgenössisches Organ für Frauenfragen geschaffen werde», und eine vierte erstellt einen Aufgabenkatalog für dieses zu schaffende Organ. Ein Vernehmlassungsverfahren hat stattgefunden, die Ergebnisse wurden im Parlament diskutiert, bei der Abfassung dieses Artikels (Anfang November) war aber noch nichts beschlossen. Es bleibt abzuwarten, ob etwas und was geschaffen wird oder ob im Zeichen der Sparmassnahmen ein solcher «Luxus» sich erübrigt. Im Aufgabenkatalog ist die Rede von

- «der Anpassung der Gesetzgebung an den Grundsatz der Gleichbehandlung von Mann und Frau insbesondere bei der Revision des Familienrechts und des Bürgerrechtsgesetzes,
- der Anpassung der Sozialgesetzgebung mit besonderer Berücksichtigung der Doppelaufgabe von Mann und Frau in Familie und Beruf sowie der Anliegen der alleinstehenden Frau,
- der Anwendung des Grundsatzes <Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit> gemäss der Konvention Nr. 100 der internationalen Arbeitsorganisation, welche die Schweiz unterzeichnet hat,
- der Gestaltung von Schul- und Berufsbildung auf das Ziel hin, dass Mann und Frau die gleichen Chancen im wirtschaftlichen und öffentlichen Leben haben.»

Es handelt sich also eindeutig um eine Art Kontrollorgan, das dafür sorgt, dass längst Beschlossenes auch durchgeführt wird, und das die dafür nötigen Entscheidungsprozesse zu beeinflussen sucht. Eine weitere Resolution enthält die persönliche Verpflichtung der am Kongress versammelten Frauen und Männer, sich persönlich für die Verwirklichung echter Partnerschaft einzusetzen.

Zwei weitere Resolutionen, die nicht von den Veranstalterinnen bereits vorbereitet waren, sondern von der «Basis», das heisst zum Teil von einem inoffiziellen Anti-Kongress kamen, griffen die heikle Frage des Schwangerschaftsabbruchs sowie die Unterstützung der Frauen der Dritten Welt auf. Von der ersten dieser beiden «von unten» kommenden Resolutionen beziehungsweise ihrem Thema wird noch die Rede sein müssen.

Wer die auf Papier fixierten Ergebnisse nachdenklich liest, wird sich kaum des Eindrucks des «déjà vu» erwehren können. Wie viele Male sind seit den Anfängen der Frauenbewegung solche Forderungen schon formuliert worden (das brachten einem gerade auch die vielfältigen Rückblicke auf die Geschichte der Frauenbewegung zum Bewusstsein), und wie klein waren immer die Schritte zur Verwirklichung! Ist diesmal eine Grundwelle ausgelöst worden, die über die bereits Sensibilisierten hinausgriff? Ganz sicher sind einzelne Frauen und Männer problembewusster geworden, das ist nicht zu bezweifeln, aber eine Grundwelle? Dann müsste auf alle Fälle die oben erwähnte Verfassungs-Initiative mindestens ebenso rasch zustandekommen und «überzeichnet» werden wie die verschiedenen «Überfremdungs»-Initiativen.

Harte Realitäten

Es lag sicher nicht in der Planung der UNO, dass sich ausgerechnet in diesem Jahr 1975 die wirtschaftliche *Rezession* in den Industrie-Nationen in diesem Mass verschärfen würde, und es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, dass die *Frauen* zu den am härtesten Betroffenen gehören (neben Jugendlichen, Invaliden, Ausländern und Heimarbeitern, vgl. den Artikel von Antonin Wagner «Die sozial Schwachen in der Rezession» in Heft 7, 1975, dieser Zeitschrift).

Es zeigt sich jetzt sehr deutlich, dass die wirtschaftliche Situation sich stärker auswirkt als Ideen und Postulate, es rächt sich aber auch, dass in Zeiten der Hochkonjunktur nicht konsequenter auf die Verwirklichung dieser Postulate (siehe oben) hingearbeitet worden ist. Die ungelösten Probleme melden sich, zum Beispiel erweist sich die Möglichkeit für verheiratete Frauen, nach einer «Familienphase» wieder in den Beruf zurückzukehren, heute als Illusion. Dies ist um so bitterer, wenn durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit des Mannes eine mindestens teilweise Erwerbstätigkeit der Frau nötig wäre – ganz zu schweigen vom «Recht auf Arbeit» für Frauen und Männer. «Zweitverdienerinnen» werden auch heute an den meisten Orten zuerst entlassen, Teilzeitarbeit wird zuerst abgebaut, was wiederum die Frauen, die in der Hochkonjunktur zu dieser Arbeitsform ermuntert wurden, am härtesten trifft. Die Dunkelziffer arbeitslos gewordener Frauen ist mit den Mitteln schweizerischer Statistik nicht zu erfassen, sie muss aber ziemlich hoch sein. Der Versicherungsschutz dieser Frauen ist mangelhaft – er soll jetzt

verbessert werden. An dem allem sind freilich die Frauen selbst nicht unschuldig, haben sie doch diese Zusammenhänge viel zu wenig klar erkannt und sich zu wenig entschlossen für ihre Verwirklichung gewehrt. Die Schlussfolgerung von Hanspeter Guggenbühl in seinem Bericht über eine Tagung im evangelischen Tagungs- und Studienzentrum Boldern zum Thema «Frau und Rezession» (vgl. «Die Tat» vom 16. September 1975) kann für den ganzen Sachverhalt stehen: «Zwischen den direkten Auswirkungen der Rezession auf die Frau im speziellen und der allgemeinen (Schlechter-) Stellung der Frau in Beruf und Gesellschaft besteht ein enger Zusammenhang. Nur durch eine generelle Gleichstellung und Gleichberechtigung kann demnach die Frau auch vor den Folgen der Rezession geschützt werden.» Bilanz im Jahr der Frau ...

Zu den harten Tatsachen in diesem Jahr gehören auch die Erfahrungen der hinter uns liegenden *Wahlen in die Bundesversammlung*. Die Zahlen waren in allen Tageszeitungen zu lesen. Noch fehlen umfassende Analysen und Interpretationen, aber sicherlich war das Wahljahr 1975 kein «Jahr der Frau». Man bedauert zwar, dass vier Frauen auf der Strecke geblieben sind, darunter die einzige Ständerätin, aber man ist zufrieden, dass doch wieder 15 gewählt sind. 1971 – bei den ersten Wahlen nach der Einführung des Frauenstimmrechts auf Bundesebene – standen die Frauen viel höher im Kurs. Mindestens die grossen Parteien machten es sich zur Ehre, Kandidatinnen aufzustellen und durchzubringen, ja, es waren wegen der Neuheit der Sache eventuell zusätzliche Stimmen für die Partei zu gewinnen durch prominente

Kandidatinnen auf guten Listenplätzen. Man warb um die Gunst der Wählerinnen, deren Sympathien und Engagement noch weithin unbekannt waren. Es wurde «etwas» für die Frauen getan. Jetzt hingegen sind sie ja gleichberechtigt, sie sollen sich selber wehren, man will ihnen nicht dreinreden. Alles hat sich eingespielt, das erreichte Minimum an Frauen im Nationalrat, das man fast als Alibi bezeichnen müsste, wird rasch zur zumutbaren Höchstzahl, eine gleichmässige Aufteilung zwischen Frauen und Männern, die ohnehin nur längerfristig erreichbar wäre, wird nicht einmal als Zielvorstellung akzeptiert, sie wäre eher lächerlich. Im «Tages-Anzeiger» vom 1. November 1975, einer Zeitung, die sich schon oft für die Anliegen der Frauen eingesetzt hat, finden sich unter der Überschrift «Ich habe mich noch nie für Politik interessiert» acht Stimmen von Frauen gegenüber nur zwei Stimmen von Männern aus einer Reihe von Interviews, die dem Problem der Stimm-Abstinenz bei den letzten Wahlen nachgingen. Der Eindruck beim Leser: «Speziell die Frauen kommen eben nicht draus», was wiederum dazu führen wird, dass bei nächsten Wahlen noch mehr Frauen um einige Plätze auf den Listen hinunter rutschen, wie es auch diesmal im Vergleich zu 1971 geschehen ist. Bilanz im Jahr der Frau ...

Ein drittes Faktum: die Debatten im Parlament und in der Öffentlichkeit über die Initiative für *straflosen Schwangerschaftsabbruch*. Gerade im Parlament hat es sich gezeigt, wie wichtig die Gegenwart einer genügenden Zahl von Frauen wäre. Im Vernehmlassungsverfahren haben Frauenorganisationen und Frauengruppen grosser Parteien (mit Ausnahme aller katholischen

und einer grossen Zahl von evangelischen Frauen) sich für eine Liberalisierung im Sinne einer verantwortbaren Fristenlösung eingesetzt. Am Frauenkongress wurde die von einem «Anti-kongress» eingebrachte Resolution in abgeschwächter Form mit grossem Mehr angenommen. Darin heisst es: «Der Kongress erinnert daran, dass die Mehrheit der schweizerischen Frauenverbände sich für die Fristenlösung mit freier Arztwahl, obligatorischer Beratung sowie Bedenkfrist für die Frau ausgesprochen hat. Diese Lösung würde den Rückzug der Volksinitiative zur Folge haben und die Konfrontation einer Abstimmung über die Verfassungsrevision vermeiden, in Respektierung der Gewissensfreiheit jedes einzelnen.» Es ist heute schon deutlich, dass diese Stimmen nicht genügend beachtet werden. Es bildet sich zum Beispiel ein Komitee gegen die Initiative, mit lauter «bestandenen» Männern an der Spitze. Auch wer die saloppe Formulierung vom «Recht auf den eigenen Bauch» ablehnt, müsste sich doch der Frage stellen, ob nicht die am meisten und ganz direkt Betroffenen, nämlich die Frauen im gebärfähigen Alter, hier an erster Stelle zu Wort kommen müssten, und zwar in ihnen angemessenen Formen, das heisst in Formen, die es ihnen ermöglichen, ihre wirkliche Meinung zu äussern. Dass dies nicht geschieht, ist schon heute klar. Bilanz im Jahr der Frau ...

Angesichts dieser Fakten sind die Worte von Bundesrat Hürlimann am Frauenkongress nochmals zu hören: «Ich zweifle nicht, dass – müsste es zufolge der wirtschaftlichen Lage notwendig werden – das Jahr der Frau mit den Frauen auch zu einem Jahr der Bewährung würde ... Fac et spera.

Wenn Sie handeln, dürfen Sie Hoffnung haben.»

Was bleibt zu tun?

Die Kluft zwischen Ideen und Wirklichkeit ist nach wie vor riesig. Die Gegenüberstellung von Fakten und Ereignissen, die gerade in diesem Jahr besonderes Gewicht erhalten haben, macht das bewusst. Für die Zukunft hängt alles an der Frage, wieviel an Sensibilisierung wirklich geschehen ist, ob das Problembewusstsein einer genügenden Anzahl von Frauen und Männern zugenommen hat. Besteht Grund zur Hoffnung oder zur Resignation? Muss man die Folgerung ziehen, welche Simone de Beauvoir für sich gezogen hat, und sich einer entschlossen feministischen Aktionsgruppe anschließen? Die Antwort kann nur beim einzelnen liegen. Wenn ich mich persönlich frage, welche Folgerungen ich aus dem Erlebten ziehe, dann kann ich sagen:

1. Es ist mir neu bewusst geworden, dass es den vollen und entschlossenen Einsatz braucht, aber auch viel Phantasie und Liebe, um an der eigenen Befreiung und derjenigen anderer zu arbeiten. Es geht sehr viel länger und ist viel «härter», als ich früher dachte. Vielleicht ist Kindererziehung im Sinne einer Emanzipation von Frauen und Männern am wirksamsten. Das heisst, dass erst kommende Generationen wirklich erleben können, was Gleichberechtigung ohne Gleichschaltung und ohne Vergewaltigung eines Teils heisst.

2. Diese weite Sicht darf nicht daran hindern, dass wir Frauen es besser lernen, uns zu organisieren und für unsere Postulate politisches Gewicht – «Macht» – zu erlangen. Hier bleibt noch viel zu tun, wir sind immer noch zu sehr darauf eingestellt, dass andere für uns die Kastanien aus dem Feuer holen oder uns fertige Lösungen servieren. In diesem Punkt hat Esther Vilar leider recht – wenn auch nur in diesem.

3. Ich halte es mit dem amerikanischen Theologen Harvey Cox, der sich in der «Women's Lib», der neuen amerikanischen Frauenbewegung, engagiert und in der Befreiungsbewegung der Frauen den wichtigsten Teil eines Aufbruchs der Menschheit zu einer Befreiung von bestehenden äusseren und inneren Zwängen sieht. Er spricht von einer «Revolution», die tiefer greift als alle anderen Revolutionen, denn sie berührt den Menschen im Grunde seiner Existenz. Wohin sie führen wird, kann niemand ganz genau sagen. Sicher nicht einfach dazu, dass Frauen gleichberechtigt mit Männern im gleichen Käfig hinter denselben Gitterstäben sitzen, um ein Wort von Kurt Marti zu variieren. Dass Frauen aus *ihrer* langjährigen Geschichte etwas einzubringen haben in die Gestaltung der Welt, davon bin ich nach wie vor überzeugt. Mitzuhelfen, dass sie es einbringen *können*, lohnt den Einsatz. In diesem Sinne sind für mich alle kommenden Jahre «Jahre der Frau».

Marga Bührig

DER LEIDENSWEG SCHWEIZERISCHER «FRIEDENSFORSCHUNG»

Der fast zehnjährige Leidensweg des Projektes für ein schweizerisches «Institut für Konfliktforschung und Friedenssicherung» scheint sein vorläufiges Ende gefunden zu haben: offizieller Sprachregelung aus Bern zufolge geriet es unter die Räder der gegenwärtigen Finanzkrise. Den vielen frohlockenden oder erleichterten Kommentaren nach zu schliessen, gehört es sichtlich zu den wenigen *populären* Opfern bundesrätlicher Sparmassnahmen. Der vorgesehene Ausgabenposten von 600 000 bis 800 000 Franken pro Jahr – das wären immerhin ungefähr einhundert Meter Autobahn! – schien offenbar eine kaum mehr zumutbare Summe für einen Forschungsbereich, der schon sehr früh unter Beschuss und in den Verdacht geraten war, bevorzugtes Tummelfeld linksextremistischer Kreise zu sein.

Unter keinem guten Stern

In der Tat stand die «Friedensforschung» – oder vielmehr das, was man in der Schweiz dafür hielt – von allem Anfang an unter keinem guten Stern. Sie wurde – ohne grosse Kenntnis des längst etablierten amerikanischen Forschungsstandes – in den jugendbewegten Endsechziger-Jahren als wissenschaftlich verbrämte Gesellschaftskritik revolutionär gestimmter Linksintellektueller abgestempelt. Bis heute hat sie diesen Ruf behalten. So glauben jene Kreise, die der bundesrätlichen Schubladisierung des Institutsprojektes ihren Segen gaben, von einer «Friedens- und Konfliktforschung» Abschied nehmen

zu können, die es entweder so nie gegeben oder die in den letzten Jahren recht beachtenswerte Fortschritte und Wandlungen durchgemacht hat. Viele, allzu viele der Nachrufe verraten, dass man hiervon offenbar keine Notiz genommen hat oder wahrscheinlich auch gar nicht nehmen wollte. So kommt es, dass selbst jener, der sich für manche Aspekte der – übrigens sehr facettenreichen – «Friedens- und Konfliktforschung» nicht erwärmen kann, mit Bedauern feststellen muss, von welch beschämend bescheidenem Niveau die schweizerische Diskussion hierüber oftmals war. Das Projekt wurde von einem Kommentar in Bausch und Bogen als «fragwürdiges Vorhaben» bezeichnet, «da Geschichtsforschung und Politologie längst alles zur Erforschung der Kriegsursachen» geleistet hätten. Die Konfliktforschung, so wurde anderswo prophezeit, wäre «von vorneherein völlig nutzlos gewesen», weil – dies die Begründung – «kommunistischen Machthabern mit derartigen Mätzchen» nicht beizukommen sei. Daran knüpft eine angesehene Tageszeitung die reichlich naive Frage, ob «ein solches Institut totalitäre Mächte dazubringen könnte, ihre Aggressions- und Hegemonialgelüste einzudämmen».

Darum ging es ja nun wahrhaftig nie, weder bei der ernstzunehmenden Friedensforschung noch bei dem in Thematik und Zielsetzung bewusst breiter angelegten Projekt für ein schweizerisches Institut. Das machten von allem Anfang an das Postulat Arnold und der Bericht der Expertenkommission deut-

lich. Die zahlreichen Kommentare, die darüber hinwegsehen, unterstellen dem Bundesrat, der das Projekt immerhin grundsätzlich genehmigt hat, dem Wissenschaftsrat, der es befürwortete, der Zentralstelle für Landesverteidigung, die dazu keineswegs ablehnend Stellung nahm und zumal der Expertenkommission selbst (der immerhin neben dem Postulanten eine Nationalrätin, fünf Hochschulprofessoren, zwei Institutsdirektoren, der stellvertretende Chefredakteur der grössten Tageszeitung sowie höchste Bundesbeamte angehörten) einen Grad an Naivität und einen Mangel an Sachverstand, die fast schon ehrenrührig sind und an die jedenfalls ernstlich niemand glauben kann.

Verkennung der Möglichkeiten

Zunächst wäre einem solchen schweizerischen Institut fairer- und richtigerweise doch jene fundamentale Regel zugestehen, die für alle wissenschaftlichen Institute aller Richtungen Gültigkeit hat: dass nämlich seine Aufgabe bei aller «Praxisbezogenheit» nicht eine politische – also etwa die Schaffung einer neuen «Friedensordnung» oder gar «die Bekämpfung totalitärer Regime» – sein kann, wie es einige Kommentatoren offenbar erwarten. Solche Ziele gehören zur Aufgabe von Politik und Diplomatie, nicht aber zur wissenschaftlich betriebenen Forschung. Diese wird sich auf das Erkennen und die Analyse von Problemen, die Erarbeitung neuer Methoden zu ihrer Bearbeitung und den Entwurf möglicher Lösungen zu konzentrieren haben. Es besteht kein Anlass, ausgerechnet bei der Friedens- und Konfliktforschung sowie damit verwandten Forschungsgebieten

(etwa den internationalen Beziehungen oder strategischen Studien) von diesem überall als selbstverständlich akzeptierten Wissenschaftsverständnis abzugehen.

Eine völlige Verkennung der Möglichkeiten und Zielsetzung eines auf diesen Gebieten tätigen Instituts zeigt sodann der Einwand, alle bisherige «Friedensforschung» hätte Konflikte und Kriege nicht zu verhindern vermocht, ein weiteres Institut sei daher überflüssig. Unabhängig von der eben erwähnten Trennung von Wissenschaft und Politik würde dieses Argument, auf andere Forschungsbereiche übertragen, dazu führen, dass fortan etwa die Krebsforschung einzustellen wäre, weil sie bis anhin praktisch erfolglos geblieben ist. Wer solchermassen utilitaristisch argumentiert, verkennt Sinn und Natur wissenschaftlicher Forschung. Ihre Ergebnisse waren und sind im Anfang stets ungewiss, ihre Wirkungen nie eindeutig vorauszusehen. Er verkennt zumal die Komplexität und Schwierigkeit einer Erforschung der zwischenmenschlichen und zwischenstaatlichen Beziehungen, der Ursachen von Gewaltanwendung und ihrer Kontrolle, der Kriegsverhütung und Friedenssicherung auf allen Ebenen, des immer neuen, immer wieder scheiternden Bemühens, diese Zusammenhänge zu erkennen und den verantwortlichen Politikern verständlich zu machen. Er hat weder über die sozialen Konflikte und ihre Ursachen noch über das vielfach gesteigerte Bedrohungspotential in der industrialisierten Gesellschaft, weder über die neuen Dimensionen einer gegenwartsbezogenen Sicherheitspolitik noch über die Komplexität eines längst über den Ost-West-Konflikt hinausgewachsenen weltpolitischen Kräftemessens nachgedacht.

Im Unterschied hierzu haben das zunächst einmal die Mitglieder der Strategischen Studienkommission getan, die in ihrem 1967 abgelieferten Bericht die Schaffung eines sich mit diesen Fragen befassenden Instituts forderten; und ebenso hat es die bereits erwähnte Expertenkommission getan, die nach sehr eingehenden Beratungen die Schaffung eines «Instituts für Konfliktforschung und Friedenssicherung» empfahl. Wer sich die Mühe nimmt, die in ihrem Bericht umschriebene Aufgabenstellung des Instituts nachzulesen, wird sofort erkennen, dass sie erheblich über die scheinbar so gefährliche «kritische Friedensforschung» hinausgeht. Richtlinie hierbei wäre gewesen, alle jene Fragen der innen- und zwischenstaatlichen Friedenssicherung und Konfliktregelung wissenschaftlich und unabhängig zu untersuchen, zu deren Lösung entweder die Schweiz einen eigenen Beitrag zu leisten vermag oder «die für die gegenwärtige und künftige Stellung der Schweiz und ihrer Bevölkerung in einer sich rasch wandelnden Umwelt von grundsätzlicher Bedeutung sind». Auf nationaler Ebene würde dies zumal die Untersuchung jener Probleme bedeuten, die unmittelbar die Schweiz, ihre Aussen- und Sicherheitspolitik und ihre Rolle als Kleinstaat bei der Erhaltung des äusseren Friedens betreffen und in Beziehung mit den inneren Spannungen, ihren Auswirkungen auf die innerstaatliche Ordnung und auf das Verhalten gegen aussen stehen.

Vernachlässigter Forschungsbereich

Niemand wird im Ernst behaupten wollen, dass auf diesen und verwandten Gebieten in unserem Land nicht «Leer-

räume» bestünden, in denen sich durchaus wissenschaftliche Forschung ansiedeln und fruchtbar machen liesse. Das hat man zweifellos in Bern richtig erkannt. Jedenfalls fand dies seine letzte offizielle Bestätigung in dem nun vom Parlament mit grosser Mehrheit angenommenen Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Darin wird ausdrücklich auf den Beitrag der «Friedens- und Konfliktforschung» zur allgemeinen Friedenssicherung und Krisenbewältigung hingewiesen. Man täte Regierung und Parlament sicher Unrecht, wollte man dies lediglich als Lippenbekenntnis deklarieren. Leider zögert man aber noch, daraus die praktischen Konsequenzen zu ziehen. Das gilt nicht nur für den Aufschub des Institutsprojektes, sondern auch für die völlig unzureichende Förderung dieses Forschungsbereiches durch den schweizerischen Nationalfonds. Behauptungen von offizieller Seite, dass etwa in Bern und Genf Zentren bereits bestünden, die sich mit Fragen der Sicherheitspolitik, Friedens- und Konfliktforschung befassten, treffen – leider – eben nicht zu.

Eine Durchsicht der letzten fünf Jahresberichte des Nationalfonds (1970 bis 1974) bestätigt die ebenso bezeichnende wie bedauerliche Tatsache, dass entgegen den dringenden Empfehlungen des Wissenschaftsrates auf diesen Gebieten praktisch keine Förderung betrieben wurde: lediglich *zwei* relativ bescheidene Projekte wurden in diesen Jahren unterstützt. Von einer gezielten, konzeptionell durchdachten Förderung dieses Wissenschaftszweiges in der Schweiz kann deshalb keine Rede sein. Politologie ganz allgemein wird ziemlich stiefmütterlich behandelt in unserem Land. Vergleicht man die an den

Fachbereich «Politologie und Soziologie» im erwähnten Zeitraum vergebene Summe von insgesamt 3,5 Mio. Franken mit den – willkürlich herausgegriffenen – Bereichen «Kunstwissenschaften und Musik» (total 5,8 Mio.) oder «Archäologie, Urgeschichte, Altertumswissenschaften» (total 6,4 Mio.), so fällt die erhebliche Diskrepanz von über 2 beziehungsweise 3 Mio. auf. Oder – was durchaus seine Berechtigung haben kann – es erscheinen Beträge von Fr. 637 000.– für ein Inventar der neueren Schweizer Architektur oder Fr. 304 000.– für völkerkundliche Forschung am mittleren Sepik (Nord-Neuguinea) recht gewichtig, wenn man bedenkt, dass zu gleicher Zeit keine Mittel für Beiträge zur schweizerischen Sicherheitspolitik oder Konfliktforschung verzeichnet sind.

Hier besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen dem offiziellen Bekenntnis zur Förderung eines noch jungen (und deswegen wahrscheinlich nicht sehr einflussreichen) Wissenschaftszweiges und der hierfür erforderlichen Ausrichtung finanzieller Mittel. In der Tat wäre deshalb eine Klärung auf höchster Ebene erwünscht, ebenso wie es wünschbar wäre, wenn sich unsere schweizerische Nationalstiftung etwas einlässlicher mit dem ihr offenbar fremden Gebiet vertraut machen und sich ihm gegenüber aufgeschlossener zeigen würde. Man mag sich in guten Treuen darüber streiten, ob ein einzelnes Institut oder die gezielte Förderung bereits bestehender, mit Fragen der Sicherheits- und Aussenpolitik im allgemeinen, der Friedens- und Konfliktforschung im besonderen befasster Institute die bestmögliche Lösung ist. Entscheidend ist im Augenblick, dass etwas getan wird. Dies allein schon des-

halb, um den wissenschaftlichen Nachwuchs in diesen von der Rezession vielfach betroffenen Bereichen zu erhalten.

Themen in Fülle

An Themen fehlt es nicht, die für unser Land relevant sind und zu denen es einen ernstzunehmenden Beitrag leisten könnte. Dazu gehören etwa die Rolle des Kleinstaates im Zeichen der «Entspannung» und weltweiter Interdependenz; die Folgewirkungen der europäischen Sicherheitskonferenz und die Aussichten des Vorschlages für eine friedliche Streitschlichtung; der Beitrag der Schweiz zur europäischen Sicherheit (etwa auf dem Gebiet der «vertrauensbildenden Massnahmen»); Auswirkungen eines ost-westlichen Truppenabbaus auf unsere Verteidigungsplanung; wirtschaftliche Rezession und Verteidigungsbereitschaft; internationale Zusammenarbeit auf dem Rüstungssektor; Auswirkungen der Seerechtskonferenz auf unsere wirtschaftliche und politische Sicherheit; der Zusammenhang zwischen Energieversorgung und Aussenpolitik; die Perspektiven einer weiteren Verbreitung von Kernwaffen und -technologie; neue, nicht-militärische Dimensionen der Sicherheit; der Jurakonflikt als Beispiel der Konfliktregelung; das Postulat einer neuen Weltwirtschaftsordnung; weltpolitische Machtverschiebung in ihren Auswirkungen auf die schweizerische Aussenpolitik usw.

Was bei dieser – unvollständigen – Liste der auf uns zukommenden Aufgaben beunruhigt, ist nicht so sehr ihre Fülle als die Frage, ob wir institutionell, konzeptionell und personell darauf vorbereitet sind, mit ihnen fertig zu

werden. Ob wir wollen oder nicht: Wir werden uns mit diesen Problemen auseinandersetzen müssen. Bei allem Respekt vor unseren Behörden ist festzustellen, dass sie hierbei auf den Dialog und die Zusammenarbeit mit externen Experten und Institutionen mehr als je angewiesen sein werden. Ob Teile einer solchen wissenschaftlichen Mitarbeit unter dem Namen «Friedensforschung» laufen oder nicht, ist dabei nebensächlich. Wichtig ist, dass For-

schungseinrichtungen auf diesen Gebieten gefördert werden, um sie in die Lage zu versetzen, bei der Bearbeitung der anstehenden Aufgaben Hilfe zu leisten und dadurch beizutragen, der hierzulande spürbaren Tendenz zur Abkapselung von den entscheidenden Strömungen und Debatten in zentralen Bereichen der internationalen Beziehungen entgegenzuwirken.

Curt Gasteyer

SÜDOSTASIEN: WANKEN DIE DOMINOSTEINE ? (II)

Malaysia

Der Ursprung der chinesischkommunistischen Guerillas in Malaysia geht auf 1959/60 zurück, als nach dem zwölf Jahre langen Bürgerkrieg sich vielleicht 200 Partisanen in die undurchdringlichen Dschungelgebiete Nord-Malysias zurückzogen. Etwa 1965 kehrte dann der Generalsekretär der illegalen KP, der Rebellenführer Chin Peng, aus seinem Peking Exil zurück und nahm mit 500–600 Getreuen wieder den Kampf auf. Die blutigen Rassenunruhen in der Wahlmonarchie während des Mai 1969 verstärkten aber schnell ihre Zahl. Ende 1969 verfügte dieser Untergrund an der Grenze zu Thailand bereits über drei kriegsmässig ausgerüstete Regimenter. Angeblich erhielten sie via Singapur und Macao Waffen und Munition aus Rotchina. Unbestritten ist, dass ihr Geheimsender, die «Stimme der malaysischen Revolution», seinen Standort nicht (wie er behauptet) «irgendwo in Malaysia» hat, sondern ebenfalls im südchinesischen Kunming. Im April 1970 setzten die Streitkräfte

Kuala Lumpurs schwere Artillerie und Flugzeuge gegen die «Volksbefreiungsarmee» ein, doch jagten die etwa 2000 malaysischen und thailändischen Soldaten die 400 aufgestöberten Guerillas vergeblich – später wurden die Gebiete entlang der Grenze zur Sperrzone erklärt und insgesamt 7000 Menschen in neue Dörfer umgesiedelt. In Sarawak-Sabah (Nord-Borneo) kämpft die «Kommunistische Partei Nord-Kalimantan» für die Selbständigkeit der gesamten – teilweise indonesischen – Insel; die Stärke ihrer «Volksarmee» «Paraku» wurde damals mit 350 bis 400 Partisanen beziffert. Bei mehreren Aktionen im Frühjahr 1970 entdeckten die Regierungstruppen verschiedene Stützpunkte der Rebellen und machten auch etliche Gefangene, doch gelang ihnen nicht die vollständige Vernichtung. Schon damals betrachtete das Weissbuch der malaysischen Regierung die Situation mit «gewisser Besorgnis». Ein Jahr später warf die Luftwaffe Kuala Lumpurs über den partisanenverdächtigsten Gebieten Sarawaks rund 300 000 Flugblätter mit der Aufforde-

rung zur Kapitulation ab; es liefen auch Hunderte zu den Streitkräften über – aber im gleichen Herbst wurde die Zahl der dort immer noch aktiven kommunistischen Guerillas auf 1000 geschätzt.

Während des Frühjahrs 1972 erhöhte die Regierung die Stärke der gegen die rund 1200 Partisanen an der thailändischen Grenze kämpfenden Einheiten auf 15 Bataillone. Dennoch gelingt es den Rebellen seit Anfang 1974, ihre blitzartigen Überfälle auch in bisher als «sicher» geltenden Gebieten durchzuführen und ihren Terror bis in die Nähe der Hauptstadt zu tragen. Andererseits musste der Generalsekretär der KP Nord-Kalimantas, Wen Ming Chuan, damals in einer Erklärung über die «Stimme der malaysischen Revolution» zugeben, dass sich «gewisse Führer der Volksbefreiungskräfte dem Feinde unterworfen» hätten. Tatsächlich ergaben sich bis zum Hochsommer 591 Partisanen – nach amtlichen Schätzungen waren das etwa 80% des dortigen Untergrundes.

Bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Malaysia und Rotchina im Juni 1974 versprach die Pekinger Führung den Gästen, den Rebellen fortan keine Hilfe mehr zu gewähren. Sowohl Mao Tse-tung als Tschou En-lai hoben hervor, die Regierung Malaysias «hat das Recht, diese Frage (der Guerillas) zu lösen, wie sie es will». Hatte Kuala Lumpur gemeint, es gebe für die Terroristen fortan keinen Grund mehr, im Dschungel zu bleiben, hiess es unmittelbar danach in einem Aufruf des Geheimsenders: «Arrogant forderten Razak und seine Regierung die Guerillakämpfer auf, sich zu ergeben. Wir wünschen Razak und seinen Gefolgsleuten zu sagen: Sogar die

Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der VR China kann Euren Charakter als Lakaien und das Verhältnis von Unterdrückern und Unterdrückten zwischen Euch und der Bevölkerung Eures Landes nicht verändern. Das ist auch der Grund, weshalb die Volksmassen beschlossen haben, ihre bewaffneten Kämpfe weiterzuführen, bis der vollständige Sieg der neuen Revolution gewonnen ist!» Einige Tage danach wurde der Generalinspekteur der Polizei Malaysias auf offener Strasse in Kuala Lumpur von zwei Partisanen-Scharfschützen ermordet.

Nachdem es im Rebellen-Untergrund Nordmalaysias schon seit längerem interne Differenzen gab – die bis zu standrechtlichen Erschiessungen von Dissidenten gingen –, spaltete sich von den insgesamt fünf Guerilla-Regimenten das sogenannte «12. Regiment» ab und gründete unter Führung von Rashid Mydin die KP Malaysia, «Marxistisch-Leninistische Gruppe». Obwohl auch diese Partei eindeutig pekingergeben ist und ebenfalls auf den Sturz der Regierung in Kuala Lumpur abzielt, wurden ihre Mitglieder und Anhänger von der «Stimme der malaysischen Revolution» wiederholt als «konterrevolutionäre Agenten» diffamiert. Kurz darauf meldeten die Sicherheitsbehörden, dass von den schätzungsweise 1600 Guerillas im Nordteil rund 300 jetzt auch die Nachbar-Provinzen infiltrierten. Bei Jahresende berichtete der Geheimsender, die «Volksbefreiungsarmee» habe in den vergangenen zwölf Monaten rund 450 Regierungssoldaten getötet oder verwundet und «24 feindliche Spione» hingerichtet – «Die Flammen des Volkskrieges brennen leuchtender als je zuvor». Während des Frühjahrs 1975 stöberten ma-

laysische Sicherheitstruppen in Sarawak rund 20 kommunistische Waffen- und Proviantlager auf. Keine zwei Monate später überfielen Guerillas im Norden des Landes einen Militärkonvoi; die zwölf Toten und 30 Verwundeten stellten die schwersten Verluste auf Regierungsseite seit Jahren dar. Unterstützt von Artillerie, jagten etwa 2000 Soldaten die Guerillas vergebens. In der Nacht zum 1. April überraschten die Partisanen mit einem Raketenangriff auf Militär-Einrichtungen in fünf der elf westmalaysischen Provinzen; wie es heisst, fielen allein elf Raketen auf das Hauptquartier der Luftwaffe bei Kuala Lumpur! Anfang Mai wurden in der Hauptstadt sieben Polizeistationen von den Rebellen in Brand gesetzt. Trotzdem meinte der Innenminister, jede Hoffnung der Terroristen auf Erfolg würde nur ein Traum bleiben, da die Bevölkerung für sie keinerlei Sympathie hege – was zweifellos zutreffend ist; dennoch darf die Gefahr nicht unterschätzt werden, dass bei einem Wirtschaftsrückgang oder bei erneuten Rassenkrawallen manche Unzufriedene doch den Weg zum Untergrund finden. Im Juni dieses Jahres protestierte Kuala Lumpur in Peking gegen die Grussbotschaft der KPCh an die KP Malaysias zu dem 45. Jahrestag ihrer Gründung; wenn Peking auf enge Beziehungen zu Malaysia Wert lege, hiess es in der Note, dürfe es den kommunistischen Untergrund in keiner Weise unterstützen.

Ende August beschädigten Zeitbomben der Guerillas das malaysische Nationaldenkmal in Kuala Lumpur, das den Sieg der Regierung über die Kommunisten in den Jahren 1948 bis 1960 symbolisiert. In den ersten Septembertagen wurden bei einem Anschlag auf eine Polizeikaserne in der Hauptstadt

zwei Polizeibeamte ermordet und zirka 40 verletzt. Nach erbeuteten Dokumenten der Partisanen wollen diese bis zum Jahre 1982 in Malaysia die Macht ergreifen. Inzwischen hat Premierminister Razak die Wiedereinführung der Bürgerwehr für alle Männer im Alter von 17 bis 55 Jahren angekündigt.

Indonesien

Die «Partai Komunis Indonesia» (PKI) war in ihrer Blütezeit unter Sukarno mit rund drei Millionen Mitgliedern und angeblich zwanzig Millionen Sympathisanten die grösste KP ausserhalb der Sowjetunion und Chinas. Nach ihrem 1965 fehlgeschlagenen Putschversuch wurde der Parteiapparat weitestgehend zerschlagen; die Untergrund-Reste – ihre Stärke wurde drei Jahre später mit 5000 beziffert – kämpften indessen weiter, primär mit Unterstützung aus dem Ausland.

Von der Sowjetunion aus arbeitet der PKI-Sekretär Thomas Sinuraj mit verschiedenen Flugschriften nach Indonesien, während die kommunistischen Kader für ihren späteren Einsatz von dem früheren Brigadegeneral Suharjo ausgebildet werden. Eine Nebenstelle scheint in Prag zu sein. Eindeutiger Schwerpunkt der Subversion bildet auch in diesem Falle die VR China, wo sich das PKI-Politbüromitglied – und der faktische Führer des indonesischen Untergrundes – Jusuf Adjitorop sowie der frühere indonesische Botschafter in Peking, Djawoto, und der einstige Botschafter in Mali, Tahsin, befinden. Die relativ starke Aussenstelle in Albanien ist mit den PKI-Funktionären Swie Siau Poh und Ernest Pinontoean besetzt; ihre Propaganda läuft

über ein Postfach in Tirana und besonders auch via Holland. Ein häufiger Treffpunkt zwischen diesem Exil und dem PKI-Untergrund stellt Singapur dar. Da Indonesiens Inselwelt die Infiltration von Guerillas und das Einschleusen von Waffen sehr begünstigt, lassen sich entsprechende Nachrichten nur schwer von der Hand weisen.

Den Beginn des neuen Guerillakrieges wird man in den März 1971 legen müssen, als Adjitorop über Radio Peking die indonesischen Kommunisten zum bewaffneten Kampf aufrief, «um die US-Marionettenregierung Suhartos zu stürzen». Vier Monate danach wurden in Süd-Sumatra 139 PKI-Mitglieder verhaftet, die eine Untergrundbewegung aufzubauen versuchten. Immerhin tauchten im Mai 1972 anlässlich des Jahrestages der Gründung der Partei schlagartig an verschiedenen Orten gedruckte Flugblätter auf, die den Schluss auf ein gewisses illegales Organisationsnetz zuließen. In Borneo kam es wiederholt zu Kämpfen, wo die indonesischen Streitkräfte von 1967 bis Mitte September 1972 insgesamt 651 Guerillas erschossen, 666 gefangenahmen und sich weitere 1200 ergaben; dabei konnten 632 Waffen – teilweise selbsthergestellte – erbeutet werden. Einige Zeit danach wurden in Zentral-Java mehrere Untergrund-Zellen ausgehoben; dennoch kam es hier auch im Sommer 1973 zu heftigen Feuergefechten zwischen den Partisanen und den Streitkräften Djakartas.

Vergangenes Jahr intensivierten die Behörden Indonesiens ihre Säuberungsaktionen besonders in Borneo, bei denen sie etwa 200 Rebellen gefangen nahmen, während sich weitere 580 ergaben. Nach amtlichen Schätzungen operierten damit nur noch 170 Partisa-

nen in diesem Gebiet. Der Untergrundsender «Stimme der malaysischen Revolution», der auch oft Erklärungen der PKI-Führung in Peking ausstrahlt, klagte im Sommer 1974, «eine Handvoll unentschlossener und auch charakterloser Personen kapitulierten und wurden zu Verrätern. Aber die faschistische Reaktion und die Verräter einschliesslich der indonesischen Revisio-nisten-Renegaten, die den sowjetischen Sozialimperialisten dienen, können den Kampf der PKI niemals stoppen. Es ist gewiss, dass die PKI schrittweise wieder erstarken, den Volkskrieg entfachen und den Sieg erlangen wird»!

Bei Jahresende kamen die Sicherheitsstellen illegalen Gruppen in Ost-Java auf die Spur. Im Februar dieses Jahres zirkulierten vervielfältigte Flugschriften im Gebiet von Bandung und kurz danach auch in Djakarta. Im April wurde in Borneo eine PKI-Organisation aufgedeckt; nach den sichergestellten Code-Unterlagen verfügte sie über ein weitverzweigtes Netz. An mehreren Orten entdeckte man zugleich Waffenlager, die augenscheinlich zu Sabotageakten in Fabriken und Entwicklungsprojekten verwendet werden sollten.

Gründung der PKI, im Mai, wurden in Jogjakarta und in der Umgebung erneut Propagandaschriften festgestellt.

Bereits im Frühjahr 1973 hatte der rotchinesische Aussenminister Djakarta von dem Beschluss der Volksrepublik unterrichtet, jegliche Hilfe für die kommunistischen Rebellen in Indonesien einzustellen. Indessen sandte im Mai dieses Jahres das Zentralkomitee der chinesischen KP dem PKI-Untergrund ein Glückwunschtelegramm, das mehrfach von Radio Peking gesendet wurde und in dem es hiess: «Unsere zwei

Parteien und zwei Völker haben stets miteinander sympathisiert und sich gegenseitig in den schwierigen revolutionären Kämpfen unterstützt.» Ende des gleichen Monats stiess die indonesische Abwehr auf ein von Rotchina gesteuertes Untergrund-Netz, das als Schaltstelle Pekings beim illegalen Transport von Agenten nach Indonesien arbeitete. Mitte August beschuldigte Präsident Suharto die Führung der Volksrepublik China erneut der Unterstützung der kommunistischen Partisanen. Solange Peking sich um eine Wiederbelebung der verbotenen «Partai Komunis Indonesia» bemühe, könnten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht normalisiert werden.

Philippinen

Die Anfänge dieses Untergrundes liegen im Jahre 1942, als die Japaner das Land besetzten und sich auch eine militärische Widerstandsbewegung der Bauern bildete. Nach Kriegsende aber setzte die – sehr bald kommunistisch beherrschte – «Hukbolahap» («Huk») ihre Aktionen gegen Grossgrundbesitzer und die demokratischen Parteien fort; noch im Sommer 1950 zählte sie etwa 20 000 Partisanen und unter der Bevölkerung wahrscheinlich sogar 500 000 Sympathisanten. In langwierigen Kämpfen konnten Truppen die Terroristen weitestgehend aufreiben: Von 1954 bis 1957 verlor die «Huk» insgesamt 9695 Gefallene, 1635 Verwundete, 4269 Gefangene und 15 866 Überläufer und büsste etwa 43 000 Schusswaffen sowie schätzungsweise 15 Millionen Schussmunition ein; danach dürften die Rebellen kaum mehr als vielleicht 600 Aktivisten gehabt haben.

Anfang 1968 begann Peking dann via Hongkong mit einer massiven Flugblattpropaganda unter den Chinesen und den radikalen Studentengruppen auf den Philippinen. Angeblich wurden auch Kader-Offiziere und Waffen mit Schiffen auf die unübersichtliche Inselwelt geschmuggelt, jedenfalls formierte sich die während der letzten Jahre zu einem unpolitischen Gangster-Syndikat herabgesunkene «Huk» wieder zu einer schlagkräftigen kommunistischen Untergrund-Truppe.

Ende desselben Jahres fand die Neugründung der illegalen «Kommunistischen Partei der Philippinen» unter Leitung des früheren Universitätsprofessors Jose Maria Sison statt. März 1969 wurde die «(Philippinische) Neue Volksarmee» ausgerufen, an deren Spitze Bercabe Buscayno stand. Sehr bald begannen wieder die Überfälle auf lokale Regierungsbehörden, Polizeistellen und Militärposten. Im Oktober 1970 griffen die Guerillas die Sendestation der «Stimme Amerikas» in der Provinz Tarlac an, einige Zeit danach stürmten sie die Waffenlager der Militärakademie in Baguio. September 1971 geriet eine Gruppe der philippinischen Armee in einen Hinterhalt der Partisanen. Ende Dezember wurden bei einem grösseren Gefecht 20 Soldaten erschossen. Dem illegalen Parteiorgan «Ang Bayan» zufolge hat die «Neue Volksarmee» 1971 rund 600 Regierungssoldaten getötet oder verwundet und «230 Lokal-Tyrannen bestraft».

Während des Sommers 1972 musste Manila erstmals den Einsatz von Luftwaffe und Marine befehlen, um eine von den Guerillas besetzte Landspitze zurückzuerobern. Armee-Einheiten, die hier ein heimlich vor Anker gegangenes nordkoreanisches Schiff aufbringen

wollten, waren unter schweren Verlusten zurückgeschlagen worden. Aus den später sichergestellten Kisten zog man die Schlussfolgerung, dass die «Volksarmee» allein durch diese Aktion – neben Radioempfängern und chinesischkommunistischem Propagandamaterial – mehr als tausend Handfeuerwaffen erhielt! Mitte September 1972 wurde nach einem missglückten Attentat auf den philippinischen Verteidigungsminister über das ganze Land das Kriegsrecht verhängt. Vorangegangen waren mehrere Bombenanschläge in Manila. Im Herbst sah das Luzon-Gebiet erbitterte Gefechte, bei denen – wie Peking behauptete – die Regierungstruppen 250 Soldaten verloren. In Manila schätzte man damals den maoistischen Untergrund unter der neuen Führung von «Amado Guerrero» (alias Cison) auf knapp 2000 Guerillas und weitere 5000 bewaffnete Anhänger sowie auf vielleicht 50 000 Sympathisanten.

Während des Frühjahrs 1974 brannten die Rebellen auf der Insel Jolo (Sulu-Archipel) die Provinzhauptstadt nieder – der grösste Teil der 80 000 Einwohner wurde zu obdachlosen Flüchtlingen. Bald danach glückte es den Abwehrstellen Manilas allerdings, fünf KP-Spitzenfunktionäre festzunehmen und etliches Instruktionsmaterial sicherzustellen. Ende August liess das Verteidigungsministerium verlauten, es hätte weitere 38 hohe Funktionäre verhaftet sowie mehrere Lastautos und Schiffe beschlagnahmt. Ein «nicht bekanntes Land» habe den Untergrund mit zwei Millionen Pesos (rund 900 000 Schweizer Franken) unterstützt.

Vergangenen Oktober ergab sich der Generalsekretär der moskau-orientierten Kommunisten auf den Philippinen,

Macapagal, mit 26 engen Beratern; ihm folgten bis Mitte November knapp 10 000 Rebellen mit mehr als 400 Waffen. Hatte der Geheimsender «Stimme der malaysischen Revolution» dies noch Ende Oktober als «typischen Verrat am Marxismus-Leninismus» charakterisiert, so kapitulierten Anfang Dezember letzten Jahres ebenfalls 1032 Mitglieder der «Neuen Volksarmee» in Calbigas. Einige Tage später legten 53 chinesischkommunistische Rebellen in Tarnay und drei Partisanen-Führer im östlichen Visayas ihre Waffen nieder; im November hatten sich bereits 200 Guerillas und etwa 1500 Sympathisanten der «Volksarmee» den Behörden gestellt.

In den ersten Tagen dieses Jahres glückte es den Sicherheitsstellen Manilas, die illegale Verbindungs-Organisation der Maoisten-KP zu zerschlagen und 30 führende Funktionäre, darunter einige des Zentralkomitees, abzuführen. Ein weiteres ZK-Mitglied, der «Kommandeur Goody», wurde bei einem Gefecht im Dorf Susuba (Tarlac) erschossen. Ende Januar gab es in den Provinzen Davao Del Norte, Pampanga und Samar weitere Kämpfe. Dann, Ende Juni, teilten die Behörden mit, dass der Untergrund verstärkte Anstrengungen für eine Reorganisation unternähme und versuche, durch dezentralisierte Führungen effektivere Operationen durchzuführen. Primär würden die Peking-Kommunisten noch in den nördlichen und südlichen Luzon-Provinzen und im Visayas-Gebiet arbeiten – ihre bewaffnete Stärke dürfte aber nicht mehr als knapp 2000 betragen.

Bei seinem kürzlichen Besuch in Peking erhielt auch Präsident Marcos von Tschou En-lai die Zusicherung, dass Rotchina den kommunistischen Rebel-

len fortan keinerlei Unterstützung zuteil werden lasse. Hatte die Regierung in Manila dem Untergrund damit den Wind aus den Segeln nehmen wollen – so musste man im August von erneuten Überfällen der Guerillas in Zentral-Luzon hören. Wie in allen südostasiatischen Ländern fehlen auch auf der philippinischen Inselwelt die klassischen Voraussetzungen für eine Revolution fast völlig: Es gibt weder ein nennenswertes industrielles Proletariat noch hungern die Bauern, und der Begriff «Kommunismus» bedeutet für den Durchschnittsmenschen auch hier etwas Negatives. Ob man aber ohne echte Sozialreformen auf weite Sicht auskommen wird, könnte zweifelhaft sein.

Pekings Prinzip

Die Probleme der einzelnen südostasiatischen Länder sind angesichts der verschiedenen Gegebenheiten, der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und auch der Bindungen an Traditionen unterschiedlich. Vereinfacht wird der westeuropäische Betrachter sagen können, dass die «Widersprüche» (im Sinne der marxistisch-leninistischen Ideologie) – die letztlich den Nährboden für die Guerillas bilden – allgemein auf einer gewiss nicht nur subjektiv empfundenen Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen beruhen. In *Burma* dürften es primär Probleme der Minderheiten sein. Das benachbarte *Thailand* hat in manchen Gebieten sehr ähnliche Fragen, während in anderen Landesteilen wirtschaftliche Motive dominierend sind. Direkte Rassenprobleme stellen für *Malaysia* ein ständige potentielle Gefahr dar, die angesichts der ökonomischen Lage sehr schnell

wieder zu einem Aufruhr führen könnten. Auf den *Philippinen* errang Präsident Marcos bei der Bekämpfung der Rebellen zwar in letzter Zeit grössere Erfolge, doch dürfte die Durchführung einer sozial-gerechten Landreform auf weitere Sicht mehr zu einem inneren Frieden beitragen. *Indonesien* scheint von allen Ländern gegenwärtig in dieser Hinsicht noch am stabilsten zu sein, wenngleich man den KPI-Untergrund und auch die sich aufdrängenden ökonomisch-sozialen Fragen nicht unterschätzen sollte.

Mit wachsendem Argwohn registriert man in Moskau die steigende Intensität der durchweg pro-rotchinesisch orientierten Partisanen. Ob die stärker werdenden Bemühungen der UdSSR um eine Einflussnahme in Südostasien zu einem Hemmen oder gar einer Verringerung der Kämpfe führen wird oder – wie es in Vietnam war – zu einer Eskalation der Unterstützungen seitens der zwei kommunistischen Rivalen, bleibt abzuwarten.

Die Hoffnungen der einzelnen südostasiatischen Regierungen, zumindest wohl in Bangkok und in Manila, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China werde zu einer Verminderung der Guerilla-Aktivitäten führen, hat sich eher als gegenteilig erwiesen. In einer vor einigen Wochen im Westen bekanntgewordenen Geheimrede vor Partei-Kadern und Offizieren der rotchinesischen Provinz Hopei hat der Pekinger Aussenminister Chiao Kuan-hua zu der Frage der Unterstützung der Rebellen erklärt: «So lange diese Bevölkerungen sich zu einer Revolution erheben, werden wir ihnen unsere volle Unterstützung geben. Falls die Zeit nicht für eine Revolution in diesen Ländern geeignet ist, werden wir

nicht unsere Leute schicken, um sich an subversiven Aktivitäten zu beteiligen. Auch werden wir nicht unsere Truppen entsenden, um sich in ihre Angelegenheiten einzumischen oder unsere Kriegsschiffe schicken, um in die Territorien anderer Länder einzudringen. Wir haben diesen Punkt dem Premierminister Malaysias zugesichert. Wir werden dieselbe Zusicherung auch Präsident Marcos bei seinem bevorstehenden (inzwischen erfolgten – die Redaktion) Besuch geben. Indessen ist es unmöglich, dass wir nach unseren Zusicherungen die dortige Bevölkerung daran

hindern werden, an revolutionären Kämpfen teilzunehmen oder revolutionäre Bewegungen, die von den dortigen Kommunistischen Parteien geführt werden, stoppen. Wenn wir so handeln, so ist es nicht nur eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, sondern auch in die inneren Angelegenheiten unserer Bruderparteien.» Die pro-rotchinesischen Rebellen zu unterstützen, «ist ein Prinzip. Wir werden ihm unter allen Umständen treu bleiben».

F. W. Schlomann

REZEPTIONSÄSTHETIK IN THEORIE UND PRAXIS

Zum deutschen Romanistentag in Mannheim, 9.–11. Oktober 1975

Strukturalismus, Marxismus und Rezeptionsästhetik sind im wesentlichen – so der Mannheimer Romanist R. Klöpfer – für den Fortschritt der deutschen Literaturwissenschaft der letzten zehn Jahre verantwortlich. Doch hat der marxistische Ansatz hier keineswegs Leistungen von der Tragweite der Arbeiten Lukács oder Goldmanns gezeitigt. Der Strukturalismus besteht vor allem in der Aufnahme und Weiterführung russischer, tschechischer und französischer Ansätze. Die Rezeptionsästhetik jedoch kann als originaler Beitrag der deutschen Forschung zur gegenwärtigen Literaturdiskussion gelten – gewisse Parallelitäten zu den Thesen der tschechischen Strukturalisten der zwanziger Jahre wurden erst im nachhinein entdeckt. Die Rezeptionsästhetik hat sich vornehmlich in der BRD entwickelt, beherrscht dort eindeutig die universitäre Szene (einer künftigen Wissen-

schaftsgeschichte bleibt vorbehalten zu erklären, aus welchen inneruniversitären und allgemeingesellschaftlichen Gründen gerade diese Richtung ein so breites Echo fand) und führte zur Bildung einer eigentlichen Schule: die «Konstanzer Schule», an ihrer Spitze die beiden Professoren H. R. Jauss und W. Iser. In Gang gesetzt wurde die Debatte durch die Konstanzer Antrittsvorlesung von Hans Robert Jauss vom 13. April 1967, die als Suhrkamp-Band unter dem Titel «Literaturgeschichte als Provokation» grosse Beachtung fand. Seither sind zahlreiche Abhandlungen und Dissertationen erschienen, welche das Rezeptionsproblem zum Gegenstand haben. Bereits liegen mehrere Anthologien zum Thema vor. Von marxistischer Seite war die Rezeptionsästhetik zunächst als «bequemes Sofa zwischen den Stühlen einer politisch kompromittierten beziehungsweise un-

brauchbar gewordenen und einer historisch-materialistischen Literaturwissenschaft» (B. J. Warneken) abgetan worden. Unterdessen ist im Ostberliner Aufbau-Verlag eine umfangreiche Arbeit über «Gesellschaft-Literatur-Lesen. Literaturrezeption in theoretischer Sicht» erschienen, die offensichtlich von der Debatte der «bürgerlichen» Wissenschaft angeregt wurde, wenn sie auch nicht deren Thesen aufnimmt. Angesichts dieser Breitenwirkung fragt man sich bereits, ob in der Rezeptionsästhetik ein neues Paradigma der Literaturwissenschaft vorliegt, das die Forschung in eine grundsätzlich neue Richtung weist. Wohl teilt die Rezeptionsästhetik die Abkehr von der biographischen und der werkimmanenten (intuitiven) Interpretation mit den meisten neueren Ansätzen; ihre Originalität liegt aber darin, dass sie im Unterschied zur ahistorischen strukturalistischen Textbeschreibung den *geschichtlichen* Charakter literarischer Werke betont, diesen aber nicht wie die marxistische Kritik in der abgebildeten Wirklichkeit, sondern in der Aufnahme des Werkes durch den Leser sieht. Es geht aber dabei nicht um eine Soziologie verschiedener Lesertypen, sondern um eine Konfrontation der im Text vorhandenen Signale an den Leser («der implizite Leser») mit dem Erwartungshorizont des tatsächlichen («expliziten») Lesers, der den Werksinn durch seine Lektüre erst schafft, wie auch eine Partitur erst durch die Aufführung zu Musik wird.

Dieser letztere Aspekt war schon von Valéry und vor allem von Sartre in seinem Essay «Qu'est-ce que la littérature?» betont worden, und so erstaunt es eigentlich nicht, dass die Rezeptionsästhetik im Garten der Romanistik

grossgeworden ist und dort auch bis jetzt den stärksten Widerhall gefunden hat. Es ist darum geradezu symptomatisch, dass das für den diesjährigen wissenschaftlichen Kongress des deutschen Romanistenverbandes vorgesehene Thema «*Gesellschaftliche Funktion und Perspektive der Romanistik*» durch die Frage nach dem «*Interesse am Leser*» ersetzt wurde, die man bereitwillig aufgriff. Ein Reader mit über zwanzig Arbeiten (Gesamtumfang: über 1000 Seiten) lag vor Kongressbeginn auf. Es ist unmöglich, auf so kurzem Platz auf alle Beiträge einzugehen; wir können bloss einige Hauptpunkte der Diskussion andeuten, die sich um theoretische, historische und typologische Fragen zentrierte.

Die theoretische Diskussion dominierte eindeutig die Tagung. Die dazu vorliegenden Arbeiten stimmen darin überein, dass sie Rezeption von einem System (Modell) her verstehen. So fundiert H. U. Gumbrecht (Bochum) Rezeption in der Kommunikationssoziologie. Textproduktion und Textverstehen werden als Formen sozialen Handelns verstanden, wobei das Verstehen als Rekonstruktion der *Intention des Autors* gedeutet wird, welche damit zum Bezugspunkt wird. Dieser Rekurs auf die Textproduktion beinhaltet eine Kritik des Konzepts des «impliziten Lesers», dessen hermeneutischer Vorrang H. R. Jauss postuliert; die aus dem *Text* ablesbare Leserrolle wird für Jauss zur Norm, von der aus die verschiedenen konkreten Lesarten als Konvergenzen beziehungsweise Divergenzen zu dieser Norm gewertet werden. Dabei wird übersehen, dass die im Text eingeschriebene Leserrolle nicht eine objektive Grösse ist, sondern von einem ebenfalls an einen historischen Standort

gebundenen Literaturwissenschaftler erst rekonstruiert werden muss. Auf die Zirkelhaftigkeit der rezeptionsästhetischen Argumentation wies insbesondere N. Grubitzsch (Bremen) hin: um Literatur zu bestimmen, werde auf den Leser rekuriert; um den Leser festzustellen, verweise man auf literarische Daten!

Die Hauptaufmerksamkeit galt jedoch dem Begriff der Institution Literatur/Kunst, die von P. Bürger (Bremen) in seinem (vielzitierten) Buch *«Theorie der Avant-Garde»* entwickelt wurde. Rezeption und Produktion werden dabei als Teilelemente der Institution betrachtet; diese wird bestimmt durch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die in ihrem historischen Wandel zu untersuchen sind. Bürgers Theorie der Institution ist, wie R. Warning (München) betont, gleichzeitig Kritik der Institution, ohne dass eine eigene (positive) Institutionsvorstellung ausgefaltet wird, da diese wiederum ideologieverdächtig wäre. Theorie ist für P. Bürger nur in geschichtlichen (und nicht in universalen) Kategorien denkbar. Demgegenüber entwickelte K. H. Stierle (Bochum) eine formale Rezeptionstheorie, die auf universalen Kategorien beruht; er unterscheidet dabei drei (hierarchische) Rezeptionsformen: die pragmatische Rezeption nichtliterarischer Texte, welche diese bloss als Mittel versteht, um Wirklichkeit zu erfassen; die quasi-pragmatische Rezeption von literarischen Texten, die als Illusion der Wirklichkeit aufgefasst werden, und schliesslich die fiktionale Rezeption literarischer Texte, die durch ihre Form auf sich selbst verweisen, als Fiktion erkannt werden und gerade aufgrund ihres fiktionalen Charakters Möglichkeiten lebenspraktischer Erfah-

rung bereithalten. Die Standpunkte Bürgers und Stierles erwiesen sich als kaum vereinbar. Stierle wehrte sich vor allem dagegen, Literatur in die (eh schon bekannten) historischen Rahmenbedingungen aufgehen zu lassen; durch die (letztliche) Reduktion von Literatur auf ihre gesellschaftlichen Bedingungen verschenke man deren ästhetisches Moment.

Neben den theoretischen Beiträgen lagen auch schon vereinzelt Arbeiten vor, die an konkreten Beispielen versuchten, Literaturgeschichte aus rezeptionsästhetischer Sicht umzuschreiben. Dass dies auch für das Mittelalter möglich ist, das keine Belege über Leserzahlen und Leserreaktionen aufweist, bewies die Arbeit des Münchner Germanisten Hugo Kuhn über die *«Rezeption des <Tristan> im deutschen Mittelalter»*. Daten zu einer Rezeptionsgeschichte lassen sich hier aus dem Literatenbewusstsein, den bildlichen Darstellungen und der Überlieferungsgeschichte eruieren. Da das Mittelalter den Begriff des Originals nicht kannte, können die verschiedenen Fassungen eines Stoffes – hier des Tristanstoffes – als *«Vollzug»*, als *«Inszenierung»* eines vorgegebenen Musters gelten. Die Dominanz dieser oder jener Fassung kann, nach H. Kuhn, weder durch das traditionelle Quelle-Einfluss-Schema noch durch geistesgeschichtliche Stimmungswandlungen oder soziale Rahmenbedingungen noch durch die Qualität der Texte erklärt werden, sondern durch die Veränderungen der allgemeinen Literaturszene, namentlich durch den Wandel zwischen Schrift-Literatur und Volkssprache. C. Cormeau (München) operiert ebenfalls überlieferungsgeschichtlich, um Leserdispositionen innerhalb des deutschen Artusromans

zu rekonstruieren. Aus den Bearbeitungen der französischen Stoffe lassen sich die Appelle der Autoren an die deutsche Leserschaft feststellen. Das mit dem Artusstoff übernommene strenge Erzählmodell Chrétien de Troyes wirkte einerseits als Rezeptionsschwelle gegenüber anderen französischen Texten; andererseits wurden *die* Themen und Personen aus den französischen Vorlagen übernommen, die für die Leser aktuell waren. H. D. Hayer (Bochum) konfrontierte anhand der Figur des Marquis ridicule die von Molière intendierte gesellschaftskritische Absicht mit den Wertungen des damaligen Publikums. R. Baader rekonstruierte die Leserexpectation in Marivaux' *«Paysan parvenu»* und J. v. Stackelberg (Göttingen) legte Überlegungen zu einer rezeptionsorientierten Geschichte des französischen Theaters des 18. Jahrhunderts vor. H. J. Neuschäfer (Saarbrücken) untersuchte am Beispiel des *«Grafen von Montechristo»* die Publikumsstrategie des Populärromans des 19. Jahrhunderts, dessen Erfolg darin besteht, dass er die Interessen des mittelständischen und kleinbürgerlichen Publikums in der Figur des Supermans vereint. Derselben Epoche war die Studie R. Schendas (Göttingen) über den *«Rezeptionsprozess des ideologiekonformen <populären> Romans»* (anhand der *«Mystères de Paris»* von Eugène Sue gewidmet; er stellte vor allem heraus, wie der sozio-ökonomische Erwartungsraum nicht erst die Rezeption, sondern auch die Produktion des ideologiekonformen Werkes bestimmt. Die tatsächlichen Reaktionen (Leserbriefe und Rezensionen) beeinflussten ihrerseits die spätere Produktion des auf Anpassung und Erfolg bedachten Autors. *«Wie kommen Bühnenstücke an?»* Diese

Frage stellte sich V. Klotz (Stuttgart) in seiner Vorlage *«Dramaturgie des Publikums»*. Am Beispiel von A. Gattis Stück *«Chant public devant deux chaises électriques»* werden durch historische Rekonstruktion Wirkvorgänge aufgezeigt, vor allem dadurch, dass der *«inszenierte Text mit dem Blick auf den gemeinsamen gesellschaftlichen und ästhetischen Erfahrungsumkreis der Theatermacher und der Theatergänger»* gesichtet wird.

Konkrete Leserreaktionen untersuchten H. Arnold (Sensbachtal) in seinem Beitrag über Schüler als Leser der Gedichte Baudelaires und U. Knoke (Göttingen), der die zeitgenössischen Leserbriefe zu Rousseaus Roman *«La Nouvelle Héloïse»* analysierte und dabei einen wesentlichen Einfluss der gesellschaftlichen Praxis auf die Rezeptionsweise feststellte. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen einer Arbeit des Schreibenden, der Literaturkritik als Äusserung einer Lektüererfahrung und als Steuerungsprozess des Publikums untersuchte, und trifft sich ebenfalls mit den Resultaten der Massenkommunikationsforschung, die empirisch erhärten konnte, dass die Wirkung der Massenmedien mehr durch Eigenschaften des Publikums als durch den Inhalt der Medien bestimmt ist. Die Ergebnisse und Verfahren der sozialwissenschaftlichen Wirkungsforschung im Bereich der Massenmedien wie auch diejenigen der Verstehenspsychologie liessen sich – so meinen wir – für die literaturwissenschaftliche Rezeptionsforschung durchaus nutzbar machen. Diese Ausweitung des Gegenstandsbereichs impliziert allerdings die Gefahr, dass der eigentliche Gegenstand – hier die romanischen Literaturen in ihrer Spezifität –

in einer allgemeinen Literaturwissenschaft aufgeht. Eine gewisse Isolierung vor allem gegenüber der gegenwärtigen französischen literaturwissenschaftlichen Diskussion liess sich bereits auf dem Mannheimer Kongress feststellen (so wurde sozusagen nie Bezug genommen zu den aktuellen Debatten und Arbeiten der Gruppen um «Tel Quel», «Poétique» und «Littérature»). Der innerdeutsche Charakter der theoretischen Diskussion lässt den Ruf nach Praxisnähe (und damit auch der Frankreichnähe), die unter Kongressteilnehmern laut wurde, verstehen, welche die rezeptionsästhetische Forschung nach ihrer Praxisrelevanz (für die Ausbildung von Französischlehrern) hinterfragten. Andere bedauerten die Dominanz der Theoriediskussion (die sich gleichzeitig als Empiriefindlichkeit äusserte); es handelt sich hier offenbar um eine allgemeine zeitgenössische Erscheinung; so schreibt K. Sontheimer in der *Süddeutschen Zeitung* vom 11./12. Oktober 1975: «In allen Human-

wissenschaften wurde der Theoriebegriff seit den sechziger Jahren so enorm aufgewertet, dass man meinen konnte, allein die theoretische Arbeit sei wissenschaftlich von Belang.» Sicher ist die Theorie für jede Hypothesenbildung unabdingbar; das sollte aber nicht daran hindern, theoretische Hypothesen durch empirische Untersuchungen zu verifizieren. Ist-Zustände feststellen und erklären heisst noch lange nicht, diese rechtfertigen! Mit Recht rief R. Klöpfer zur «Aufgabe der Alternative von praxisferner Wissenschaft und theorieloser Praxis» auf.

Damit soll aber keineswegs die Fruchtbarkeit des rezeptionsästhetischen Ansatzes geleugnet werden, der innerhalb der deutschen Literaturwissenschaft nicht nur eine äusserst lebendige Debatte entfacht, sondern bereits schon eine Vielzahl von Arbeiten angeregt hat, die neue Wege zu gehen versuchen.

Joseph Jurt

RÜCKKEHR ZUR POESIE

Manchmal lässt sich der Klimawechsel an einem Gedichtband ablesen. Er kann das Signal einer Veränderung sein, die nicht nur die im engeren Sinne literarische Gegenwart angeht. «*Mausoleum. Siebenunddreissig Balladen aus der Geschichte des Fortschritts*» (Suhrkamp), das bezeichnet nicht nur einen interessanten Versuch, das «Erzählgedicht» als Gattung zu erneuern, sondern eine fast schon demonstrative Rückkehr zur Poesie. Wenn man bedenkt, dass der Verfasser, *Hans Magnus Enzensberger*, seinerzeit als Herausgeber der Zeit-

schrift «*Kursbuch*» die Wortführer der Abdankung der Poesie vor dem Primat der Politik um sich versammelt hat, dann ist seine Balladensammlung sieben Jahre danach ein Indiz dafür, dass die Parolen von damals ausgespielt haben.

Von «*Kursbuch 15*», das im November 1968 erschien, ist im deutschen Literaturraum, Österreich und die Schweiz eingeschlossen, die DDR allerdings ausgenommen, eine starke Wirkung ausgegangen. Die Zeitschrift verkündete nichts Geringeres als den Tod der Literatur und der Literaturkritik.

Zwei Mitarbeiter trugen die Abgeschiedenen zu Grabe und schrieben die Nachrufe. Der Herausgeber selber freilich bezog schon damals mit seinem Beitrag «Gemeinplätze, die Neueste Literatur betreffend», eine differenziertere Position. Der Leichenzug, so meinte er, hinterlasse eine Staubwolke von Theorien, die ganze Veranstaltung schmücke sich mit dem Namen der Kulturrevolution, aber sie sehe einem Jahrmarkt verzweifelt ähnlich. Wie recht er doch hatte! Nur fügte er sich dann doch auch dem Gebot der Stunde und gab den Schriftstellern den Rat, sie sollten die politischen Analphabeten «alphabetisieren», das sei fortan ihre Aufgabe. Was immer das nun heißen mochte, sie haben es fleissig betrieben. Enzensberger nannte als Vorbilder Wallraffs Reportagen aus deutschen Fabriken, Bahman Nirumands Persien-Buch und Ulrike Meinhofs Kolumnen. Er hat selber in der Folge nicht mehr gedichtet, sondern dokumentarische Texte verfasst: die szenische Dokumentation «Das Verhör von Habana», den dokumentarischen Roman über den spanischen Revolutionär Durruti «Der kurze Sommer der Anarchie» und vor allem zahlreiche politische Aufsätze.

Andere Prominenz der literarischen Szene verhielten sich, unabhängig von Enzensbergers Beispiel und teilweise auch in ideologischer Hinsicht im Widerspruch zu ihm, in der Absage an «reine» Literatur durchaus konform. *Günter Grass* verlässt sein Berliner Arbeitszimmer, gründet die sozialdemokratische Wählerinitiative und bereist als Wahlredner die Bundesrepublik. Aus seinen Wahlkampf Erfahrungen versucht er im «*Tagebuch einer Schnecke*» (Luchterhand) nachträglich ein Buch zu machen. Das Ergebnis ist ein Zwitter:

platte Parteipolitik, taub für Zwischentöne, und bildmächtige Erinnerung stehen nebeneinander. Reden und Aufsätze erscheinen wenig später unter dem Titel «*Der Bürger und seine Stimme*» (Luchterhand), Aktivismus zwischen Buchdeckeln, ein Dokument allenfalls für eine in derartigen Texten sonst nicht anzutreffende plastische Ausdrucksweise, aber auch ein Beispiel dafür, wie Kreativität und parteipolitisch gebundene Aussage sich abstossen.

In den Jahren seit Erscheinen von «Kursbuch 15» hatte die Arbeiterliteratur ihre höchste Konjunktur. Jetzt wurde im Ernst behauptet, es komme nicht darauf an, was und wie einer schreibe, sondern allein, von welchem Standpunkt aus er es tue. Und wie immer, wenn Parolen einmal ausgegeben sind und die Prominenten eine Richtung weisen, gebärdeten sich die Mitläufer bald lauter und wilder als die Leader. Literatur als Spiel, als Divertimento oder als Selbstäusserung wurde verächtlich gemacht, «Alphabetisierung» war gewissermassen die alleinige Pflicht – auch für den, der das politische Alphabet erst noch hätte lernen müssen. Politische Relevanz war das Zauberwort für ein paar kurze Jahre. Zwar folgte selbstverständlich, was in dieser Zeit an neuen literarischen Werken erschien, nicht samt und sonders den Parolen, die «Kursbuch 15» ausgegeben hatte. Es gab und gibt jederzeit Einzelgänger, die sich nicht in den Chor einreihen. Literatur als Poesie, als «reine» Dichtung, als Spielraum der Phantasie war selbstverständlich auch nach ihrem im «Kursbuch» bescheinigten Ableben keineswegs tot. Nur gaben diejenigen den Ton an, die das für sentimentale Selbsttäuschung erklärten. Wer ganz dabeisein wollte und wer – namentlich

als debütierender Autor – bei den Meinungsmachern ankommen musste, der hatte Relevanz im weit offenen Halsausschnitt zu tragen, die Krawatte der Progressiven.

*

Jetzt aber macht Enzensberger wieder Poesie, jetzt lässt er das Dokumentarische hinter sich, und es ist nicht etwa Inkonsequenz oder Wankelmüt in seinen politischen Überzeugungen, was ihn zu dieser Umkehr bewogen hat. Er hatte 1968 seine Vorbehalte und sagte die «Staubwolke von Theorien» voraus, das heisst die Verarmung auch der Literatur, die thesenhaft, rein inhaltlich determiniert und steril wird, wenn ihr das freie Spiel der dichterischen Phantasie verwehrt wird. Wenn man Enzensbergers Balladen überblickt, wird man feststellen, dass sie zwar kaum eine der ideologischen Positionen aufgeben, die er schon 1968 einnahm. Es ist nur so, dass er jetzt wieder Verse schreibt, dass er Gedichte macht und nicht Dossiers zusammenstellt, um Theorien zu belegen. Das hat Folgen, auch für den Inhalt. Einer seiner Helden ist Bakunin. Soll er wiederkehren oder bleiben, wo er ist? Einmal heisst es: «*Du warst verworren / wie wir, und arglos. Kehre wieder, Bakunin! Bakunin, kehre wieder.*» Der Dichter schwankt: «*Nichts hat dich widerlegt, nichts hast du bewiesen / und darum bleibe, wo du bist, oder, meinetwegen, kehre wieder.*» Spiel, Form, montierte Zitate, ein Tanz zwischen Pathos und skeptischer Kühle machen diese Texte zu Kunstgebilden, in denen ausgesprochen wird, was im theoretischen und politischen Schlagabtausch nicht zur Sprache kommt. Die Ballade über Frédéric Chopin schliesst mit den Versen:

«*Die Unerbittlichkeit, mit der er, Zeit seines Lebens, für das Überflüssige eintrat, ist schwer zu erklären.*»

Das Überflüssige ist das, was – im gängigen Jargon ausgedrückt – keine Relevanz hat. Dass es die Domäne der Künstler und der Dichter ist und dass es falsch wäre, ihr Schaffen für «irrelevant» zu erklären, wenn sie sich in ihren Werken der theoretischen, parteipolitischen und ideologischen Stellungnahme fernhalten, ist eine Einsicht, die heute wieder Chancen hat. Bakunin und Chopin, so unterschiedlich sind die Helden, die bei Enzensberger gefeiert werden. «Balladen aus der Geschichte des Fortschritts» – der Untertitel schillert von Ironie, denn das «Mausoleum» enthält nicht nur Vorkämpfer jener Gesellschaftsordnung, die all die Jahre ohne viel Federlesens als «fortschrittlich» bezeichnet wurde. Das letzte Stück zwar ist E. G. de la S. gewidmet, der von 1928 bis 1967 gelebt hat. Der Index erst entschlüsselt die Initialen (wie bei allen Balladenüberschriften): Ernesto Guevara de la Serna. Eine Zeilang, so beginnt das Gedicht, trugen Tausende auf dem Kopf seine Mütze, riefen seinen Namen und trugen sein Abbild durch die Strassen. Lang ist es her, es scheint uns jetzt schon fast unwirklich. Enzensberger skizziert die Biographie Guevaras, seinen Misserfolg als Minister Castros, seine «Kratzfüsse in Moskau», schliesslich seine Flucht zu den Waffen. Es ist kein Heldengedicht, und was denn nun der Fortschritt sei, den Guevara wohl meinte, bleibt unausgesprochen. Auch sonst ist davon nicht die Rede in dem Band. Man findet zwar die Vorkämpfer des Sozialismus ins «Mausoleum» aufgenommen,

aber man findet auch Leute wie den Baron Georges Eugène Haussmann, zu dessen Ehren der Boulevard benannt ist, ferner Chopin, Molotov, Semmelweis, Malthus, Guillotin (den Erfinder der Guillotine!), Alexander von Humboldt, Darwin und den italienischen Uhrmacher Giovanni de' Dondi, der von 1318 bis 1389 gelebt hat. Naturwissenschaftler und Mathematiker sind in besonders starker Zahl vertreten. Die Anordnung ist chronologisch und führt vom vierzehnten bis zum zwanzigsten Jahrhundert. Fortschritt? Die Zweifel sind mannigfaltig und eben darum fruchtbar.

*

Der Soziologe *Helmut Schelsky* hat in seinem Buch *«Die Arbeit tun die anderen»* auch Kritik geübt an der Rolle, die sich besonders die Schriftsteller ungefähr seit *«Kursbuch 15»* angemast haben: die Rolle von *«Öffentlichkeits-Funktionären»*, die als moralische Instanz auftreten und den *«Geist»* (*«er steht links»*) in parteipolitische Machtfronten führen. Darauf antwortete ihm *Heinrich Böll*, den Schelsky einen *«Kardinal und Märtyrer»* genannt hat, ein herausragendes Beispiel eben für das, was er kritisiert. Er sei, so Böll, Herrn Schelsky regelrecht dankbar, dass er dieses von ihm nicht gesuchte Image zerstöre. Nur sollte der Kritiker sich auch überlegen, wie ein Mensch, der eigentlich *«nur ein Schriftsteller»* sei, in eine solche Rolle gedrängt werde. Da sei eben etwas leer, da werde Autorität und Einfluss von anderen nicht ausgeübt, und Leute, die sich hin und wieder zu Problemen äusserten, sähen sich unwillkürlich als moralische Instanz, was sie doch gar nicht gesucht hätten. *«Die Frage ist, wie gelangen die*

Schriftsteller an die ihnen unterstellte Herrschaft?» Und: *«Der Verfall der öffentlichen Kontrolle ist die Ursache dafür, dass Intellektuelle und Schriftsteller und ähnliche Figuren eine Bedeutung bekommen, der ihre reale Macht nie entsprochen hat.»*

Man kann, mindestens was die Bundesrepublik betrifft, wirklich nicht sagen, dass sie diese Macht nicht auch gesucht haben. Sie wollten Gesprächspartner und gar Berater der Mächtigen sein, sie suchten die Nähe und den vertrauten Umgang des Kanzlers Willy Brandt (bei Helmut Schmidt ist es nicht mehr dasselbe!), und es gibt Belege dafür, dass sie von Schweizer Kollegen darum beneidet wurden. Jetzt sind sie auf dem Rückzug. Bölls ironische Dankbarkeit für Schelskys Kritik ist ein Zeichen. Wird Grass in gleichem Mass in den Wahlkampf eingreifen wie 1969? Wahrscheinlich ist es schon, aber wahrscheinlich auch, dass es zum Teil aus Imagezwang geschieht, dass die Begeisterung des grossen Aufbruchs von 1969 dabei fehlt und Erfahrungen mit der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag dämpfend wirken. Die Zeiten sind anders. Schelsky sieht es nicht falsch, wenn er Böll ein Gesprächs-Angebot macht und ihm zuruft, er möge es im übrigen mit Schweigen versuchen, mit der *«kleinen Weigerung»*, als Öffentlichkeits-Funktionär im *«Spiegel»*, im Fernsehen, in all den Medien aufzutreten. Wenn Böll von einem *«Verfall der öffentlichen Meinung»* spreche, die keine moralische Instanz hervorbringe, so sei das irreführend. Denn moralische Ansprüche seien nie vom Staat, von der Öffentlichkeit oder von der Gesellschaft ausgegangen. Moral und moralische Autorität hätten ihren Ursprung vor aller Publizität, von der sie sich

nicht aufsaugen lassen dürften. Gesprächspartner der Schriftsteller seien nicht in erster Linie die Parteipolitiker, sondern die Intellektuellen und Wissenschaftler, und die stünden keineswegs samt und sonders links. Böll sehe den kontroversen Gesprächspartner irrtümlicherweise in der CDU, in Personen wie Kohl oder Biedenkopf, und das führe unweigerlich zur Polarisierung, weil es die falsche Ebene sei, auf der hier gestritten werde. Weshalb wolle er nicht, was «die andere Seite» betreffe, mit Leuten wie Gehlen oder Lübke, wie Hennis oder Kaltenbrunner ins Gespräch kommen?

*

Manchmal lässt sich der Klimawechsel an einem Gedichtband ablesen, an Ansätzen zu einem Gespräch wie dem zwischen Schelsky und Böll, vielleicht auch an der Nachricht, dass Che Guevaras französischer Sympathisant und Mitstreiter Régis Debray, inzwischen begnadigt, verheiratet und als Schriftsteller etabliert, in den vordersten Rängen des diesjährigen «Prix Goncourt» figuriert. Zwar kann man nicht sagen, glücklicherweise nicht, Literatur ziehe sich jetzt wieder in den Elfenbeinturm zurück. Aber die Chance besteht, dass sie als notwendige Gegenkraft gegen

alles Verwaltete, Institutionalisierte und Lebensfeindliche ihren wahren Platz wieder einnimmt, nachdem sie vor lauter «Engagement» übers Ziel hinausschoss, sich in einzelnen Exponenten zu so etwas wie einer politischen Instanz aufplusterte und damit eben die Freiheit verlor, die zu verteidigen ihre Aufgabe ist. Denn die Opposition der Schriftsteller, der Künstler, der geistig produktiven Personen insgesamt ist kein parteipolitisches Phänomen, sie lässt sich innerhalb der institutionalisierten Formen der Verteilung von Macht nicht verwirklichen. Der Schriftsteller ist ein Fürsprecher des Lebendigen gegen das Institutionelle, des Spontanen gegen das Verplante und Verwaltete. Wenn er Wahlreden hält, als Leitartikler in die Tagespolitik einsteigt und in Versammlungen mitwirkt, nimmt er nichts weiter wahr als sein Recht als Bürger wie jeder andere auch. Für die Überwindung der Polarisierung, für die Integration der Menschen und für den Fortschritt (sofern man diesen Begriff für den offenen geschichtlichen Wandel, nicht für umstrittene Programme einsetzt!) leistet er mehr, wenn er zuerst und vor allem Schriftsteller ist. Die These von der «Alphabetisierung», in «Kursbuch 15» verkündet, war falsch.

Anton Krättli